

# Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa.  
Fernaus Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsverwaltung beim Amtsgericht und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfachkonto: Dresden 1339  
Poststraße Riesa Nr. 52.

Nr. 267.

Donnerstag, 16. November 1922, abends.

75. Jahrg.

**Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 250.— Mark ohne Tragerlohn. Anzeigen für die Nummer des Ausgabedates sind bis 9 Uhr vormittags auszugeben und im vorau zu bezahlen; eine Verhöhung für das Erstellen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 20 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (8 Silben) 25.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittelungsbücher 6.— Mark. Fest Tarife. Benötigter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abzug eingezogen werden muss oder der Ausstraggeber in Konturs gerät. Auflösungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Aufzähllungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hüynel, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dittrich, Riesa.**

## Wohnungbauabgabe-Gebäudelisten u. Grundsteuer-Erläuterungen. Stadt Riesa.

Der Inhalt der in der gestrigen Nummer dieses Blattes von der Amtshauptmannschaft Großenhain in getrennten Veröffentlichungen bekanntgegebenen Bestimmungen über die abzugebenden Wohnungbauabgabe-Gebäudelisten und Grundsteuer-Erläuterungen trifft auch für diese Stadt zu. Wir bitten, sich aus diesem entsprechend zu unterrichten.

Die Vordrücke zu beiden Einreichungen werden den Haushaltern in den nächsten Tagen gleichzeitig ausgeteilt. Sie sind auf das Genauste auszufüllen und die Wohnungbauabgabe-Gebäudeliste bis 9. Dezember und die Grundsteuer-Erläuterungen bis 23. Dezember 1922 vom Grundstückseigentümer bzw. von einer Person, welche sonstige Auskunft geben kann, an unter Stadtkreisamt - Rathaus, Goethestraße - wieder einzureichen. Nur die festgelegten Strafen bei Fünderhandlungen machen wie noch besonders aufmerksam.

Der Rat der Stadt Riesa, am 16. November 1922.

## Vertisches und Sachsisches.

Riesa, den 16. November 1922.

\* Der Bezirksausschuss Großenhain lehnt die Milchpreiserhöhung ab. Der heute im Sitzungssaal der Amtshauptmannschaft Großenhain tagende Bezirksausschuss hat sich in längerer Aussprache mit der vom Milchwirtschaftlichen Landesverband festgesetzten Milchpreiserhöhung beschäftigt. Auf Vorschlag des Amtshauptmanns Rühn wurde einstimmig beschlossen, der geforderten Preiserhöhung für die Amtshauptmannschaft nicht beizutreten, da sie als unannehmbar zu bezeichnen ist, und diese Stellungnahme in der Tagespresse mitzuteilen. Der Beirat der Preisprüfungsstelle soll streng Anweisung erhalten, dort, wo er Wahrnehmungen über wucherisches Gebaren im Handelswesen, insbesondere im Handel mit landwirtschaftlichen Produkten beobachtet, der Amtshauptmannschaft umgehend unter Beifügung von Unterlagen Anzeige zu erstatten. Nachdem die Milchproduzenten im Bezirk der Amtshauptmannschaft bis zur Stunde an diese wegen einer Milchpreiserhöhung nicht herangetreten sind, ist der bisherige Milchpreis im Bezirk der Amtshauptmannschaft als noch bestehend zu betrachten. Im Übrigen sollen die angekündigten Maßnahmen der Landesregierung abgewendet werden.

\* Die Milchpreise werden fünftig allwöchentlich festgesetzt. Der Milchwirtschaftliche Landesverband Sachsen schreibt uns: "Die Milchpreise sind bisher vom Milchwirtschaftlichen Landesverband Sachsen außerlich, später halbmonatlich unter Berücksichtigung der Bewertungsmöglichkeit der Milch bei deren Verarbeitung bzw. unter Zugrundeziehung der Butterpreise, die in den vier, später in den zwei der Milchpreisregelung vorangegangenen Wochen in Berlin amtlich notiert wurden, errechnet und festgesetzt worden. Infolge der in den letzten Monaten sehr viel schneller als vordem erfolgten ungewöhnlichen Steigerung des Marktpreises für Butter und andere Milkerzeugnisse lässt die Milch sich heute bei deren Verarbeitung ganz bedeutend höher verwerten, als wenn sie zu den auf Grund weit zurückliegenden Butternotierungen berechneten Preisen für Frischmilch als solche abgegeben wird. Es wird deshalb die Milch in immer höhersteigendem Maße verarbeitet und dadurch der Frischmilchversorgung in so stark zunehmendem Umfang entzogen, dass der Milchwirtschaftliche Landesverband, der versucht ist, die Versorgung der Städte mit Frischmilch sicherzustellen, sich gezwungen gesehen hat, für die Milchpreisregelung neue, den jetzigen Preisverhältnissen mehr angepasste Richtlinien aufzustellen und zu beschließen, die Milchpreise fünftig allwöchentlich, und zwar für die Tage vom Sonntag bis mit Sonnabend, das erstmal vom 16. bis mit 25. November, festzulegen. Während aber bisher der ab Stall geltende Milcherzeugerpreis ein Zehntel der durchschnittlichen Butternotierungen betrug, soll er in Zukunft auf ein Etwel des Durchschnitts der dem Beurteilungsstage (Donnerstag) vorangehenden zwei letzten Butternotierungen festgesetzt werden. Diese Rendierung der Richtlinien für die Milchpreisfeststellung wird allerdings zur Folge haben, dass der Milcherzeugerpreis vom 16. November an eine leider notwendige ungewöhnliche Steigerung erfährt, denn heute beträgt er weniger als ein Zwanzigstel des Buttererzeugerpreises, ein Verhältnis, das unmittelbar und leichtend Endes dazu führen muss, dass für die Frischmilchversorgung schließlich überhaupt keine Milch mehr zur Verfügung gestellt wird."

\* Der Milchpreis ab 16. November. Die Bezirksstelle Ostholstein der Landespreisprüfungsstelle gibt bekannt: Der milchwirtschaftliche Landesverband hat für die Zeit vom 16. bis mit 27. Okt. den Großhandelspreis für Vollmilch in Stadt des Erzeugers auf 100 Mark pro Liter erhöht. Entgegengesetzt dem bisherigen Gesagten, bei dieser Preissteigerung nicht mitgewirkt hat, wird sie doch alle eingehenden Anzeigen wegen höherer Preisforderung oder Gewährung vorerst, eventuell eine Anzeige bei der nächsten Polizeidirektion erstatzen.

\* Gegen die Milchversteuerung. Im Wirtschaftsministerium schwören z. B. Erwähnungen darüber, ob für Frischmilch ein Hochpreis für Sachsen festgesetzt werden soll. Die Beratungen sind noch nicht abgeschlossen. Des Weiteren verabschiedet das Wirtschaftsministerium gegen die ungewöhnliche Milchversteuerung auch noch mit anderen Mitteln vorzugehen. So hat es mit dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft um abschuldigen Erlass von Bestimmungen über die Konzessionierung der Bandmolkerien erfüllt. Während des letzten Jahres sind in Sachsen eine Anzahl neuer Molkerien gegründet worden, deren Zahl in keinem Verhältnis zu der wirklichen Milcherzeugung Sachsen steht. Diese Neugründung von Molkerien trägt dazu bei, die Frischmilchabfuhr nach den Bedarfsorten zu verringern und zu verteuern. Die jetzt geltenden Be-

stimmungen des Reiches zur Sicherung der Frischmilchversorgung können die schädlichen Folgen des Überhandnehmens der Bandmolkerien nicht beseitigen. Auch in anderen Bundesstaaten haben sich infolge der Lage des Buttermarktes ähnliche Molkeriemärkte herausgebildet. So kommt z. B. auch Käse aus direkten Milchbezirken wie Sachsen. Das sächsische Wirtschaftsministerium ist sich bewusst, dass dem Erlass von Anfangsbestimmungen über die Milchversorgung für den Freistaat Sachsen nicht unerhebliche Bedenken entgegen stehen. Es wird daher von der Einsicht der Milchproduzenten abhängen, ob trotzdem ein Höchstpreis für Sachsen festgesetzt werden muss. Selbstverständlich würde dann auch gleichzeitig ein Höchstpreis für Butter festgesetzt werden. Zu bedauern ist, dass das Reich von sich aus nicht schon längst zu einer Höchstverfestigung für Milch und Milchwaren für das ganze Reich gekommen ist. Bedenkt wird sich die Reichsregierung bewusst sein müssen, dass sie der unerhörten Milchsteuerung mit größerer Energie als bisher entgegen arbeiten muss, wenn Leben und Gesundheit der Säuglinge und Kranken nicht auf schwerste gefährdet werden sollen.

\* Das amtliche Wahlresultat. Nach dem Ergebnis der Wahlen insgesamt 2587589 gültige Stimmen abgegeben worden. Daraus haben erhalten:

Deutschationale Volkspartei	482058
Wirtschaftspartei	5137
Deutsche Volkspartei	474267
Vereinigte Sozialdemokratie	1060249
Zentrum	22632
Kommunisten	297700
Deutsche Soziale Partei	11358
Demokratische Partei	214190

Es entfallen demnach, wie schon gestern mitgeteilt, insgesamt Abgeordnetenstimme auf die Deutschnationalen 19, Deutsche Volkspartei 19, Verein. Soz. Partei 40, Kommunisten 10, Deutsch-Demokratische Partei 8. Das Parteidividuum stellt sich nun wie folgt: 40 bürgerlichen Abgeordneten stehen 50 sozialdemokratischen und Kommunisten gegenüber. Bedeutsamwert ist, so schreiben die "Leipziger Neueste Nachrichten", dass mit dieser Neugestaltung eine demokratisch-sozialdemokratische Wehrkraft ausgeschafft ist, da beide Parteien nur 48 Stimmen, also gerade die Hälfte, auf sich vereinigen. Wie unfein das in Sachsen bestehende, von den Reichsbestimmungen abweichende Landeswahlrecht in dieser Reihenfolgeverteilung ist, ergibt sich daraus, dass die Deutsche Volkspartei, wenn sie nur 1500 Stimmen mehr erhalten hätte, dann nur 18 Sitz erhalten würde, weil die Verteilungszahl von 26433 genau 18 mal in ihrer Gesamtstimmenzahl ausgehen würde. So aber ergab sich aus der tatsächlichen Stimmenzahl eine Abgeordnetenzahl von 17, und zur Verrechnung kamen 24908 Wählertypen, die bei einer Reihenfolgeverteilungssatz von 13398 einen weiteren Sitz und einen nochmaligen Rekord von über 1100 Stimmen ergaben, der nach den Bestimmungen als größte vorhandene Reihenfolge mit einem weiteren Mandat belohnt wurde. Es ergibt sich also das Kürzel 19 Sitz erreicht hat, während sie bei einer um 1500 höheren Ziffer nur 18 bekommen hätte!

\* Bühnenschauturnen. Als ein gutes Werbemittel für die Sache der Leibesübungen haben sich die Bühnenschauturnen der Turnerkreise erwiesen. Auch der 8. Niederschlesische-Kreis, dem der Turnen, Riesa und der Altenmeine IV. Riesa angehören, hielten Anfang d. J. ein solches mit guten Erfolgen in Oschatz ab. Das für den Herbst geplante Bühnenschauturnen haben die beiden genannten Kreise übernommen, die es am Buhntag, den 22. November, nachmittag 5 Uhr im Stern-Saal in Riesa abhalten. Die Vereine unterhalten Kinder-, Jugend-, Turnerinnen- und Männerabteilungen und werden verlunden, durch Darbietungen dieser Abteilungen die Vielseitigkeit und Zweckmäßigkeit des Turnens für beide Geschlechter einer hoffentlich recht großen Zuschauermenge vor Augen zu halten. Die Vereine unterhalten Kinder-, Jugend-, Turnerinnen- und Männerabteilungen und werden verlunden, durch Darbietungen dieser Abteilungen die Vielseitigkeit und Zweckmäßigkeit des Turnens für beide Geschlechter einer hoffentlich recht großen Zuschauermenge vor Augen zu halten.

\* Fortsetzung der Personenhandelsaufträge. Die Sachsische Österr. Dampfschiffahrtsgesellschaft teilt mit: Voraufragt, dass die Bitterung mild bleibt, werden die Personendampfer auf der Strecke Dresden - Leipziger auch nach dem 19. d. M. noch einige Zeit im Umlauf des jetzigen Fahrplans verkehren. Auf der Strecke Dresden - Riesa werden in nächster Woche noch folgende Fahrten ausgeführt: 11 Uhr vormittags von Dresden nach Riesa an den Tagen Montag, Mittwoch und Freitag und 9.30 Uhr vormittags von Riesa nach Dresden an den Tagen Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

\* Der Kaffeepreis. Der Verbraucherpreis für gerösteten Kaffee wurde vom Verein der Kaffeegroßhändler und Kaffeebäcker, Sitz Hamburg, am Freitag offiziell mit 2600 bis 3150 Mark für ein halbes Kilogramm, je nach Qualität, notiert. Soll ausgerechnet für 1/2 Kilogramm 914 Mark. Demnach kostet eine Bohnen (1 Pfund enthält rund 4500 Bohnen) bei genauer Nachzählung 70 bis 80 Pfennig.

\* Auf dem staatlichen Kraftwerke Hirschfelde wurde, wie bereits gemeldet, nach Beendigung des wilden Streiks gestern die Arbeit wieder aufgenommen. Die Forderungen der Streikführer wurden in Übereinstimmung mit den Vertretern der Belegschaft und der gewerkschaftlichen Organisationen nicht bewilligt. Der "Sächs. Staatsanw." aufsogt haben die Arbeiter den Aus-

fall der Streiktage selbst zu tragen und erhalten könnten die schon früher tariflich vereinbarten Löne. Die Arbeiter, die durch Beeinflussung zum Streik gegen das Staatsinteresse und das Gemeinschaftsinteresse der Arbeiterschaft verstochen haben, werden nicht wieder eingestellt. Durch den Streik ist der sächsischen Wirtschaft und damit auch der Arbeiterschaft ein Schaden von vielen Millionen entstanden.

\* Die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung, um die das Reichsarbeitsministerium im Verein mit den übrigen beteiligten Stellen seit längerer Zeit bemüht war, wird die Vollstzung des Reichsrats am 16. November 1922 beschließen. Es ist, wie W.T.B. aus Berlin meldet, mit einer namentlichen Steigerung der Unterstützungsätze für die Erwachsenen, insbesondere für die Familienväter zu rechnen, die voraussichtlich bereits am 20. November in Wirkung treten.

\* Notgemeinschaft wie im Reich auch in Sachsen. Zur Durchführung der Deutschen Notgemeinschaft in Sachsen wird ein Landesausschuss gebildet werden. Das Hilfswerk der Deutschen Notgemeinschaft wird getragen von den großen Organisationen des Wirtschaftslebens (Arbeitnehmer und Arbeitgeber). Sie werden in erster Linie auch in dem Landesausschuss führend vertreten sein. Wegen der unerlässlichen amtlichen Förderung des freien Hilfswerks wird das Ministerium des Innern sofort nach Bildung des Landesausschusses ein Schreiben an die Gemeinden und staatlichen Verwaltungsbehörden richten.

\* Die Monatskartenpreise werden mit Wirkung vom 1. Dezember 1922 ab nach 18 (14) Fahrten berechnet, wobei der abgerundete einfache Fahrtyp zugrundegelegt wird. Für Schüler-Monatskarten und Wochenkarten verbleibt es bei dem bisherigen Grundtarif, demzufolge die Schülermonatskarten zur Hälfte, die Wochenkarten zum 4. Teile des Monatskartenpreises unter ordnungsmäßiger Ausnutzung berechnet werden. Von demselben Tage ab werden als Mindestabpreis für Einzelkarten und Zeitkarten die Sätze erhoben, die sich nach der Entfernung von 11 km ergeben.

\* Die Preise für Weihnachtsbäume. Wie aus Halle gemeldet wird, sind dort die ersten Weihnachtsbäume eingetroffen. Die Preise für die Bäume sollen aber so hoch sein — der billigste Baum soll 500 bis 1000 Mark —, doch wohl in den meisten deutschen Familien das Weihnachtsfest ohne Weihnachtsbaum gefeiert werden wird.

\* Entdecker Schuhwuchs. Wie die sächsische Landespreisprüfungsstelle mitteilt, erfuhr die Bezirksstelle Oschatz der Landespreisprüfungsstelle, dass die Landesstelle für Textilvorstandsvorführung im Januar d. J. 2000 Paar gebräuchter englischer Militärmützenhüte mit 42 Mark je Paar an einem Händler verkauft hatte, der sie für 50 Mark an einen anderen Händler weitergab. Dieser hatte außerdem 3000 Paar anderweit mit 62,55 Mark je Paar gekauft. Er verkaufte 3000 Paar zu 90 Mark je Paar an einen Dorflehrschulverein und 2007 Paar zu 70 Mark an einen dritten Händler, der sie mit 115 Mark je Paar an einen vierten gab. Dieser brachte sie endlich zu 140 bis 180 Mark je Paar an Einzelverbraucher und Betriebe. In einem anderen Hause hatte ein Schieber 10000 Paar getragene Militärmütze zu rund 60 Mark je Paar eingetauft, die dann von einem Abnehmer zu 140 Mark je Paar an die Verbraucher abgegeben wurden. Die sächsische Landespreisprüfungsstelle hat beide Fälle an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet.

\* Herbstwanderveranstaltung des Kreises Dresden im Deutschen Nationalen Handlungsgesellschaften-Verband. Der Vorstand des Kreises Dresden im Deutschen Nationalen Handlungsgesellschaften-Verband hatte die Vertreter der einzelnen Ortsgruppen des Kreises für den 11. und 12. November zu einer Arbeitsstagung nach der alten Bergstadt Freiberg eingeladen. Am Sonntag, den 12. November, vormittags 10 Uhr, eröffnete der Kreisvorsteher, Herr Geschäftsführer Bieratz, Dresden, die Herbstwanderveranstaltung. Aus dem Bericht des Kreisvorstandes war zu erkennen, dass die Kämpfe und den Abschluss der Tarifverträge immer schärfer geworden sind. Von 102 abgeschlossenen Tarifverträgen sind nur 25 in freier Vereinbarung getötigt worden, während alle anderen vor dem Tarifvertragsauszug verhandelt werden mussten. Auf Vorschlag des Vorstandes wurde als Tagungsstätte für den nächsten Kreisjugendtag Görlitz und für den Kreistag Großenhain festgelegt. Gleichzeitig wurde drauf hingewiesen, dass im nächsten Jahre in Süddeutschland ein Kreisjugendtag stattfinden soll. Hierzu sprach Herr Schmidt, Dresden, über das Thema: "Arbeitsnachweissgesetz und Erwerbslosenversicherungsgesetz". Über das Thema: "Unrechte Stellung zu der Frage des Wiederbeschäftigungspflichten" sprach Herr Kreisvorsteher Arno Bieratz, Dresden. Die nachfolgende Entwickelung zeigt die Stellungnahme des Deutschen Nationalen Handlungsgesellschaften-Verbands zu den großen Tagesfragen: "Die heute in Freiberg in Sachsen versammelten Vertreter von etwa 15000 Deutschen Nationalen Handlungsgesellschaften aus allen Ortsgruppen des Kreises Dresden haben sich eingehend mit der augenblicklichen wirtschaftlichen Lage beschäftigt. Ursachen der heraufkommenden Krise, die zu den schwersten Erhöhlungen unseres wirtschaftlichen und sozialen Lebens führen wird, erkennen sie 1. den Versailler Vertrag mit allen seinen Nachträgen; 2. das Vorgehen weiter Industrie- und Handelskreise, zur Kalkulations-

grundlage nur noch fremde Währungen zu nehmen. Durch wird der Devisenbedarf künstlich gesteigert und nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage der Wert des deutschen Zahlungsmittels immer weiter herabgesetzt; 3. das Überhandnehmen eines illegalen Handels bei sinkendem Konsum. Der von Industrie und Handel verlangte Niederbeschäftigungswert bildet sich als Förderer für das Schieber- und Bucherium aus. Der Kettenhandel treibt in dieser Zeit tolle Blüten; 4. die Antidumpingfeste der ausländischen Staaten, welche in jedem Maße die Ausfuhr erschweren. Das planmäßige Herabreden der Kaufkraft der Massen, die heute bestenfalls 20–25 Prozent ihres Einnahmenkommens erhalten, drückt auch den Konsum im Innern des Landes auf ein Minimum herab. Dadurch entstehen: 1. Überschlags, Betriebsentwicklungen, Betriebsstilllegungen, vermehrte Arbeitslosigkeit. Aus der Erwidung heraus, daß all die Dinge die hungernden Massen zu lebensmittelhaften Räumen führen werden, und um eine Verschärfung unseres volkischen Lebens zu verhindern, fordert die Vertreterversammlung der Regierung: 1. Alle Maßnahmen zu ergreifen, um den Verfallen Vertrag und die Schwäche am Weltmarkt zu beseitigen. Die Worte des Reichslandes: „Ich bitte, dann weitere Reparationen“ dürfen keine Schlagworte bleiben, wenn die Regierung sich nicht um den letzten Rest ihres Ansehens bringen will; 2. geeignete Maßnahmen, um die Preisbildung bei den Kartellen und Syndikaten zu prüfen und zu überwachen; 3. geeignete Maßnahmen, um das Schieber- und Bucherium einschließlich des Kettenhandels soweit als möglich einzuschränken; 4. von den Arbeitgebern erwartet die Verannierung in letzter Stunde eine Abkehr vom dem bisherigen System, die Gehalter mit allen Mitteln niedrig zu halten, weil die dadurch herbeigeführte Senkung der Kaufkraft der Massen zum Stillstand unserer Wirtschaft führen muss.“ Am Nachmittag wurden verschiedene Beschlüsse innerhalb der Stadt Freiberg vorgenommen. Am Abend seien ab dann die Ortsgruppe Freiberg die 25 lädtiges Stiftungsfest.

— Die Freie Arbeitsgemeinschaft aller Kriegeriedlungen (F. A. V.) Dresden hielt am 12. 11. eine außerordentliche Generalversammlung ab, die von Delegierten des ganzen Landes besucht war. Der Gedanke, den Kriegeriedlerverband in einen Allgemeinen Sachsenischen Sieblerverband auszubauen, wurde allgemein gutgeheißen. Die in der Reichsverfassung und in den Siebleriedlungen festgelegten Rechte der Kriegsopfer blieben natürlichen auch weiterhin gewahrt. Der neue sächsische Sieblerverband wird auf den bereits vorhandenen Grundlagen weiter ausgebaut. Die Einzelvereine bilden den Sieblerverband, die Kreisverbände die Kreisverbände und die schließlich den Landesverband. Die bisherigen Vertretungen des Verbands bei den Behörden usw. bleiben bestehen. Mit dem Landesheimstättenausbau der sächsischen Gewerkschaften soll ein enges Arbeitsverhältnis hergestellt werden. In den Vorstand wurden gewählt: 1. erster Vorsitzender Dr. Kreis vom Ministerium des Innern (Landeswohnungsamt), zweiter Vorsitzender Oertel-Dresden, Schriftführer Höhne-Liebenau, Werner, gehörten dem weiteren Vorstand an. Gemeindeworstand Altmühl-Schöland a. d. Spree, die Gauleiter 1. des Reichsverbandes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegsunterbliebenen, 2. des Ehrenverbandes der Kriegsbeschädigten und Kriegsunterbliebenen Deutschlands und 3. des Namensabschaffungsbundes der Kriegsbeschädigten sowie die Kreisvertretenden des Verbandes. Zum Geschäftsführer wurde Herr Wagner vom Landes-Gewerkschaftsausschuß der sächsischen Gewerkschaften bestimmt. Die Verbandsleitung hat ihren Sitz in Dresden. Schriftstücke sind zu richten an die Freie Arbeitsgemeinschaft für Kriegeriedlungen (Kriegeriedlerverband) e. V. Dresden-A. Ransbergstrasse 1. Die ordentliche Generalversammlung, die im Januar 1923 in Leipzig stattfinden soll, wird über die weitere Umstellung Besluß fassen.

— Über die Meldungen von Freiwilligen zur Marine. Bei den Kommandostellen der Reichsmarine erscheinen häufige junge Leute, die sich zum Einsatz als freiwillige melden und annehmen, daß sie sofort eingestellt werden könnten. So erwünscht der Zugang zur Reichsmarine ist, so muß doch dringend vor persönlicher Meldung ohne vorherige Gestaltungsaufzurufung überprüft werden. Die ersten Aufgaben, die unserer Marine zufallen, und die 12-jährige Dienstverpflichtung, die der Freiwillige auf sich nehmen muß, bedingen, daß nur förmlich und schriftlich bestes Personal mit deutscher Staatsangehörigkeit im Alter von 17–21 Jahren eingestellt wird. Vor der Gestaltung beim Marineteil ist eine vorläufige ärztliche Untersuchung und eine eingeschätzte Feststellung der persönlichen Verhältnisse des Freiwilligen unbedingt nötig. Deshalb sind Meldungen schriftlich an die Schiffskommanden (Personalamt) in Tiel oder in Wilhelmshaven zu richten.

— Annahme von Notgeld und Notgeld durch die Postanstalten. In den Tageszeitungen wird darüber erzählt, daß die Postanstalten die Annahme des Notgeldes ablehnen. Zur Ausführung sei auf folgendes hingewiesen: Nach Anordnung des Herrn Reichspostministers dürfen die Poststellen Notgeld nur annehmen, wenn seine Ausgabe von dem Herrn Reichsminister der Finanzen genehmigt ist und sich die Ausgabekassen verpflichten, die bei den Poststellen etwa eingeschlossene Falschgeldstücke einzuziehen. Diese Vorstischmehregel ist erforderlich, weil die Postbeamten aus Angst an entsprechenden Unterlagen und der Art des Dienstbetriebes die Sicherheit der vorgelegten Notgeldscheine nicht ausreichend prüfen können. Es kann ihnen aber nicht zugemutet werden, für Schaden auszukommen, den abzuwehren sie nicht in der Lage sind. Ebenso wenig kann der Schaden auf die Reichsfläche übernommen werden. Die Verpflichtung zur Einlösung etwaiger Falschgeldstücke haben bisher übernommen die Städte Dresden, Freiberg und Freital und die Umschauamtshaus Dresden-Kreis, deren Notgeld infolgedessen von den Poststellen in den Ausgabekassen und deren näheren Umgebung in Zahlung genommen wird. Um die Herausabwendung des Notgelds zu vermeiden, kann auch den übrigen Gemeinden usw. die Notgeld ausgeben, nur empfohlen werden, den durch das Auftauchen von Falschgeldstücken entstehenden Schaden auf ihre Rechnung zu übernehmen. Die jetzt vielfach von Banken, industriellen Werken usw. in Umlauf gebrachten sogenannten Arbeiter-, Industrie- oder Postgeld können von den Poststellen ebenfalls nicht in Zahlung genommen werden, weil auch bei ihnen die Gefahr des Fälschung sehr nahe liegt, wie die Postkommission in Dresden beweisen. Bei dieser Gelegenheit sei darauf hingewiesen, daß schon von jeder Privatbanknote und Banknoten aus untergewissen Bedingungen, über die die Postanstalten Auskunft geben, zu allen Zahlungen an die Poststellen überhaupt werden können. Ein dringendes Bedürfnis zur Annahme der Postgeld durch die Poststellen kann deshalb nicht anerkannt werden, zumal da sie auch der Umlauf der gesetzlichen Zahlungsmittel wesentlich gefestigt hat.

— Wochbericht des Landesamtes für Arbeitsvermittlung in der 5.–11. November 1922. Die Arbeitsmarktlage hat in der Berichtswoche eine weitere Verschärfung erfahren. Die Vermittlungstätigkeit war im allgemeinen gering. Betriebsentwicklungen und Arbeitsentlassungen nahmen ihren Fortgang. Die Zahl der gemeldeten offenen Stellen ging weiter zurück, besonders ungereicht hieß die Anforderung weiblicher Arbeitskräfte für die Industrie. Mit den somatischen Schießen

Bedenkungsstellen erhöhte sich die Notwendigkeit des Weiterdienstes für Familienmitglieder, insbesondere für Ehemänner, die bisher keinem Erwerb nachgingen. In der Landwirtschaft zeigt das Angebot von männlichen und weiblichen Arbeitskräften von Woche zu Woche, während die Nachfrage weiter nachlässt. Angeboten werden noch an jungen Ehefrauen und Mägden. Nicht unterzubringen sind ältere Wirtschafterinnen und Tagelöhnerfamilien. Vereinzelt wurden Gärtnerei durch Beendigung der Herbstarbeiten frei. Die Glashütten sind noch gut beschäftigt. Neuinstellungen von Arbeitskräften erfolgten jedoch nicht. Die etwas lebhafte Vermittlungstätigkeit der Metallindustrie in der Vorwoche hat nicht angehalten, jedoch kann noch nicht von einer wesentlichen Verbesserung gesprochen werden. Die Chemische Industrie ist im allgemeinen noch voll beschäftigt. In der Textilindustrie nimmt die Arbeitsverfügung weiteren Umfang an. Das Holzgewerbe hatte im allgemeinen noch großen Bedarf, während die Tischlerei, doch wird vereinzelt bereits über Arbeitszeitverkürzungen berichtet. Das Fahrzeugs- und Gerätebauweise zeigte keine Verbesserung des Lages. Es erfolgten weitere Entlassungen von Fleischern und Bäckereihilfen. Das Bekleidungsgewerbe weist besonders in der Schuhfabrik ungünstige Verhältnisse auf. Gefügte blieben gute Schneider, Schuhmacherinnen und Weißnäherinnen, während Strohhalbmäherinnen und Hutmacher nur vereinzelt neu eingestellt wurden. Im Baugewerbe ist ein weiteres Absinken der Bruttotatigkeit zu beobachten, teilweise bedingt durch die unglückliche Witterungsverhältnisse und die ständig steigenden Materialpreise, andererseits durch Veränderung von Neubauten, Mauer und Zimmerleute, die bisher vergleichbar gegründet waren, stehen dem Arbeitsmarkt vereinzelt wieder zur Verfügung. Im Webergewerbe kam es zu weiteren Entlassungen. Gänzlich blieb die Beschäftigungsmöglichkeit im Dachdecker- und Ofenlegergewerbe. Im Werkstättengewerbe nahm die Arbeitslosigkeit an Umfang zu. Auch im Handelsgewerbe vermehrte sich die Arbeitslosenzahl. Besonders war ein Gang an Handlungsgeschäften und Konfektionen zu verzeichnen. Im Gastwirtsgewerbe ist die Lage unverändert schlecht. In allen Berufskarten besteht ein Überangebot von Arbeitskräften. Nur Ungelehrte hat die Arbeitslosigkeit weiter nachgelassen. Die Zahl der Arbeitslosen liegt in der Gruppe der Hausangestellten höher als im Angebot und Nachfrage immer mehr einem Ausgleich. Da in zunehmendem Maße bisher in der Fabrik tätige Mädchen sich zur Annahme von Haushältern bereit erklären.

Oelsack. Ein schwerer Schadfeuer war in der Nacht zum Dienstag in der unteren Promenade ausgebrochen. Der Brandherd befand sich in einem Hintergebäude, das zu den Häusern Promenade 47 und 49 gehört, die sich beide im Eigentum der Stadtgemeinde befinden. In dem von dem Feuer beschädigten Gebäude befinden sich die Holz- und Kohlenstapel aller sieben in den beiden Häusern wohnenden Mieterparteien. Amüschen den Vorraum ist das Walzhaus eingebaut, das am Montag noch benutzt worden ist. Das Feuer ist erst kurz nach Mitternacht von Hausbewohnern bemerkt worden, als die hellen Flammen bereits durch das Dach schwammen. An den Holz- und Kohlenvorräten fand das Feuer natürlich reichliche Nahrung. Neben die Entzündung des Brandes lassen sich nur Vermutungen anstellen. Der Schaden, den das Feuer angerichtet hat, ist gänzlich beträchtlich.

Großenhain. Ein großer Einbruchsdiebstahl ist in vorletzter Nacht in der Villa des Fabrikbesitzers Möller zur Ausführung gelangt. Die Diebe haben sich mit Nachschlüssel Eingang verschafft. Gestohlen wurden u. a. 3 Vorster-Tapisse, ferner eine große Anzahl Silber-Speisegeräte. Weiter wurde ein getragener grauer Herren-Mäntel gestohlen. Der Gesamtwert der Beute, die von den Dieben gestohlen wurde, beträgt eine halbe Million Mark. Das Diebesgut wurde wahrscheinlich in einem Auto, das zu dieser Zeit in der Nähe des Grundstückes hielt, fortgebracht.

Dresden. Dem Jugendamt der Stadt Dresden ist es gelungen, das „Dresdner Heim“ in Obermeissenthal, bisher Ferienheim des Deutschen Vereins für Volksbildung, langfristig zu pachten und der Kindererholungsfürsorge dienstbar zu machen. Das Heim ist mit 70 Kindern voll in Betrieb genommen worden.

Dresden. Mittwoch nachmittag fand im Sitzungssaale des Ministeriums des Innern eine Pressekonferenz statt. Hauptmann Kastner von der Sicherheitspolizei, Abteilung Luftpolizei, sprach an der Hand von Lichtbildern über den Luftverkehr im engeren und weiteren Sinne. Zu fachkundiger Weise berührte er die Verbesserungen, die auf diesem Gebiete in den letzten Jahren eingetreten sind und wies auf die großen Entwicklungsmöglichkeiten hin, belohnend sobald nach dem 1. Januar 1923 die Einschränkungen für den Luftverkehr aufgrund des Versailler Vertrages fortfallen. Ges. Rat Prof. Bösch-Meinen ergänzte diese Ausführungen und betonte besonders die Bedeutung der Flughäfen und Notlandepläne. In Sachsen können Dresden und Leipzig als Durchgangsorte der großen Luftverkehrsstrahlen Nord-Süd von Stockholm nach Rom und West-Ost von Lissabon nach Warschau sowie von Madrid nach Petersburg in Frage. Im Juni n. J. findet der Deutsche Luftfahrttag, der alle im Luftfahrdienst tätigen Personen einlädt, in Dresden statt.

Pirna. Mitten in den Finanznöten, in denen sich Pirna gleich den meisten anderen Städten befindet, hat jetzt wieder hoherfreudige Zuwendungen erfolgt. So stiftete ein bisheriger Großindustrieller zur Unterstützung von Kleinrentnern dem Bezirk Pirna 1 Million Mark, während eine Pirnaer Großhandlung den Betrag 100.000 Mark zur Unterstützung belohnender Bedürftiger überwies. Es kann damit gegenüber der schlimmen Zeitennot wieder so manche Hilfe geleistet werden. — Eine „Soziale Abgabe“ nach dem Gemüter-Plakat soll nach dem Beschuß der städtischen Kollegien nun auch hier zur Einführung gelangen. Steuerpflichtig sind dabei diejenigen natürlichen und juristischen Personen, die in der Stadt Pirna gegen Vergütung Arbeitnehmer jeder Art beschäftigen. Der Steuersatz beträgt 1 Prozent der jeweiligen Gewinnvergütung. In der Aussprache wurde wohl betont, daß es einen harten Kampf mit dem Reichsfinanzministerium geben werde, die Durchführung der neuen Abgabe müsse aber doch mit allen Mitteln versucht werden.

Schönig. Auf der biesigen Lutherstraße wurde ein 25. Blund schwerer Totschlag gesungen und getötet.

Kamenz. Auch in bisheriger Gegend ist jetzt Arbeitsleistung gegen Naturalien das Bestreben vieler Bürgertums. In Großwitz & Co. werden für eine Stunde Arbeitserbeit mit einem Preise fünf Pfund Daler verlangt.

Bittau. Die Stadtverordneten behandelten das Wohnungsbauprogramm für 1923. Der Rat hatte eine Vorlage ausgearbeitet, die vorliegt, daß die Heimstättengenossenschaft am Osterweg weitere 14 und die Baugenossenschaft des Eisenbahner an der Komturstraße 16 Wohnungen errichtet. Abgänglich der 10.000 Bauminnen und des Kostenanteils, den bei der Baugenossenschaft des Eisenbahner die Reichsseisenbahn trägt, werden zur Durchführung der Projekte 81 Mill. benötigt, die das Kollegium bewilligte, unter der Voraussetzung, daß die Arbeiten sofort in Angriff genommen werden, um größere Verzerrungen zu entgehen.

Hainichen. Bei einem Arbeiter, der früher in einer Tuchfabrik beschäftigt war, sind für etwa 2 Millionen Mark Tuch gefunden und beschlagnahmt worden, die nach und nach geklönt wurden.

Oberlichtenau. Ein Laster der Vereinigten Mühlenwerke beförderte über die Pulsnitzbrücke 75 Zentner Baggen. Da sich das Auto auf der Brücke befand, senkte

sich ein Teil des spannten Unterbaus des Brücke, sodass das Lastauto abfiel und ein größerer Teil der Ladung ins Wasser fiel. Die Ladung konnte geborgen werden. Das Auto hat schwere Beschädigungen erlitten.

Klingenthal. Noch äußerster Nachlass und trotz der hohen Sollkosten nimmt die Befriedet über die Grenze kein Ende. So gar lebendes Vieh, Schweine und Schafe werden über die Grenze geschafft. In der Nacht zum Sonntag wurden hier fünf Hammel als Schwarzware beschlagnahmt und verkauft. In der folgenden Nacht wurde ein Bäcker festgenommen, der sich aber plötzlich befreite und einen hellen Taschgang hinab in den Grenzfluss Awota sprang. Die ihm nachgesandten Schiffe verfehlten ihr Ziel.

Sebnitz. Eine Ausläuferin aus der Dresdner Genend wurde, als sie hier wieder Butter, Butter und Gefügel aufkauft, von den unwillig gewordenen Dorfbewohnern mißhandelt.

Schwarzenberg. Bei der ersten Sitzung des neu gewählten Stadtverordnetenkollegiums, das aus je 18 bürgerlichen und kommunistisch-sozialistischen Vertretern besteht, wurde Fabrikbesitzer Böls (bürgerlich) wieder zum ersten Vorsteher gewählt.

Moskau. Das Stadtverordnetenkollegium hat gegen vier Stimmen die Einführung einer Sozialabgabe von den Arbeitgebern beschlossen.

Leipzig. Angesichts der außerordentlich schlechten Finanzlage sieht sich jetzt auch die Leipziger Straßenbahn gezwungen, ihr Personal zu verringern und Entlassungen vorzunehmen. Es sollen am 1. Dezember 250 Mann und in einigen Wochen weitere 250 Mann, also zusammen 500 Mann entlassen werden. Die Entlassungen betreffen nicht nur das Fahrbpersonal, sondern auch die Werkstätten usw. Die Entlassungen sind bei dem immer mehr abnehmenden Verkehr und den notwendig gewordenen Betriebs einschränkungen leider das einzige Mittel, um nennenswerte Sparmaßnahmen herbeizuführen. Die Straßenbahngesellschaft Hermann appellierte dabei an das Gemeinschaftsgefühl und empfahl Arbeitsstreitung statt Entlassungen. Bei der folgenden Aussprache kam es zu heftigen Auseinandersetzungen. Es wurden Anträge eingereicht, nach denen der gesamte Betrieb von der Direktion bis zum letzten Mann bereit, die Kosten auf sich nehmen möchte. Eine Streikung der Arbeitszeit mühte von allen Beamten, Angestellten und Arbeitern getragen werden. Ein Antrag, daß der Betriebsrat mit der Direktion über Arbeitsstreitung oder Entlassung verhandeln soll, wurde mit großer Mehrheit angenommen. — Der Kriminalpolizei ist es wiederum gelungen, eine Einbrecherbande festzunehmen. Diese führte ihre Taten in der Hauptstraße im Ortsteil Leipzig-Anger-Trotendorf und dessen näherer Umgebung aus. Eine zehn Einbruchsbündel konnten den Tätern nachgewiesen werden. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Anzahl der von der jugendlichen Bande verübten Einbrüche deutlich größer ist, als ihren Mitgliedern nachgewiesen werden konnte.

### Die Notwendigkeit einer Bauhofversicherung.

Durch das Gesetz über die Schädigung, die Schadensfestlegung und die Schadensverästung bei der Gebäudenutzung der Landesbrandversicherungsanstalt vom 18. März 1921, das am 1. April 1921 in Kraft trat, ist das bisherige Schätzungs- und Vergütungsverfahren unter Aufstellung an die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse auf eine ganz neue Grundlage gestellt worden. Der Grundgedanke des Gesetzes ist der, den Brandgeschädigten auf dem Wege der Schadensverästung denselben Betrag zuzuführen zu lassen, der für den Wiederaufbau in dem früheren Umfang nach Maßgabe der den jeweiligen Teuerungsverhältnissen sich anpassenden Baupreisen tatsächlich erforderlich ist. Das Gesetz bestimmt deshalb, das grundsätzlich allen Schädigungen der Gebäude die Friedensbaupreise vom Jahre 1914 zugrunde zu legen sind, während alle bisher erfolgten Zuschläge weglassen und neue prozentuale Erhöhungen der Versicherungssummen nicht mehr stattfinden können. Hierdurch sind die Versicherungssummen der nach dem 31. Dezember 1916 im ordentlichen Verfahren neu oder anderweitig geschätzten Gebäude auf die Friedensbaupreise von 1914 zurückzuführen. Genauso treten an Stelle der im abgelaufenen Schadensverhältnis erlösten Versicherungssummen die ihnen zugrundeliegenden Versicherungssummen der letzten Friedenshälfte oder, wenn bis zum 31. Dezember 1916 im ordentlichen Verfahren eine neue oder anderweitige Schätzung stattgefunden hat, die hier festgestellten Versicherungssummen.

Als Schadensvergütung wird zunächst nach Friedensbaupreisen der Betrag errechnet, der unter Berücksichtigung eines etwaigen Alters- und Abnutzungsbetrages zur Wiederherstellung des Gebäudes in den früheren Zustand erforderlich ist. Im Schadensfall erhält nur der Verlierer zu der auf diese Weise berechneten Schadensvergütung noch einen in Hundertsteln zu berechnenden Teuerungszuschlag, der dem Unterschied zwischen Friedensbaupreisen des Jahres 1914 und den Baupreisen zur Zeit der Wiederherstellung des Gebäudes entspricht. Die Berechnung dieser tatsächlichen Vergrößerungsumme erfolgt, sobald der Versicherungsnachnehmer erklärt, daß mit der Wiederherstellung des Gebäudes begonnen werden soll, und ist bis zum Ablauf des der Erklärung folgenden Jahres gültig. Die Höhe des jeweils gültigen Teuerungszuschlags wird von dem bei der Brandversicherungsanstalt befindenden Angerer Auszug für Gebäudeversicherung festgesetzt und ändert sich in gewissen Intervallen je nach den Schwankungen der Baupreise.

Von der Reutelegung war jedoch der beachtliche volle Ertrag der tatsächlichen Wiederanbauskosten durch die festgelegte Vergrößerungsumme nur so lange gewährleistet, als in der Zeit zwischen der Feststellung der tatsächlichen Schadensvergütung und der Feststellung des Baues eine wesentliche Veränderung der Löhne und Preise auf dem Baumarkt noch nicht eintrat, da in jedem Falle des Versicherungsnachnehmers an seine Erklärung zum Wiederaufbau und die daraufhin vorzunehmende Festlegung der Vergrößerungsumme für die Dauer eines ganzen Jahres gebunden war. Als daher seit Anfang dieses Jahres die Geldentwertung immer weitere Fortschritte macht und sich schließlich derart überflügelt, daß die Preisverhältnisse auf dem Baumarkt auch für eine ganz kurze Spanne Zeit nicht mehr zu übersehen waren, mußten schließlich die nach dem oben geschätzten Verfahren durch die Jubiläumsgung der jeweils gültigen Teuerungszuschläge festgestellten Vergrößerungsummen immer mehr hinter den tatsächlichen Wiederanbauskosten zurückbleiben. Für eine auf diese Weise während der Bauzeit eingetretene weitere Lieferzeitverzögerung kann die Gebäudeabstufung der Brandversicherungsanstalt natürlich keine Deduktion übernehmen. Die Folge davon ist, daß heute jeder Brandgeschädigte bei dem Wiederaufbau mit sehr erheblichen durch die Vergrößerungsumme nicht gedeckt werden kann, welche Kosten rechnen müssen, die unter Umständen zu einer starken Gefährdung oder sogar Vernichtung seiner wirtschaftlichen Existenz führen können.

Da die Brandversicherungsanstalt schon aus verschieden technischen Gründen den vollen Ertrag des Wiederaufbauskosten bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage nicht übernehmen kann und bei den jetzigen geistlichen Verhältnissen über die Festlegung der Teuerungszuschläge



beauftragten. Diese Befugnis ist erstmals nach einer in der Sächsischen Staatszeitung erschienenen Bekanntmachung des Finanzministeriums dem zur Dienstleistung bei der Staatsbank abgeordneten Amtsgerichtsrat Dr. Vogel in Dresden mit der Amtsbezeichnung "Sonditus" erteilt worden. Im Geschäftsvorleben mit Kunden der Bank erforderlich werdende Urkunden können also, sofern nicht nach dem Inhalte der zu beurkundenden Erklärung ausdrücklich die Gerichte oder Notare oder sonst besondere gesetzliche Vorschriften andere Beamte hierfür zuständig sind, von nun ab unmittelbar an Bankstellen erledigt werden. Das Gleiche gilt für Beauftragungen.

**Die neuen Preise für Stickstoffdünger.** Die mit Wirkung ab 16. November beschlossene Erhöhung der Nodenspreize hat eine entsprechende Erhöhung der Stickstoffpreise im Gefolge. Die neuen Preise für Stickstoffdünger betragen für alle Ablösungen vom 16. November ab vor kg Stickstoff: im Schwefelauren Ammoniak nicht gedehnt und nicht gemahlen 822,60 M., gedehnt und gemahlen 842,30 M., im Salzlauren Ammoniak 822,60 M., im Kaliammoniakpeter 822,60 M. Daneben wird der Kaligehalt mit den für Kali in Chloralkali für die jeweilige Ablösung geltenden Preisen in Rechnung gestellt; im Natronalpeter 992,50 M., im Kalkstoffs 781,50 M. Die neuen Stickstoffpreise betragen bei dem heutigen Stande der Mark nur etwa ein Drittel des Weltmarktpreises.

**Der neue deutsche Zolltarif und die sächsische Industrie.** Der Vorstand des Verbandes Sächsischer Industrieller beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit den Arbeiten für einen neuen deutschen Zolltarif. Nach Ansicht des Vorstandes des genannten Verbandes ist es, sobald am 10. Januar 1923 die Einschränkungen wegfallen, die der Verfaßter Frieden in Artikel 269 bisher dem deutschen Zolltarif auferlegt, auch für die Fortführung der deutschen Handelspolitik und für den Abschluß neuer Handels- und Tarifverträge erwünscht und notwendig, daß ein neuer Zolltarif an die Stelle des veralteten bisherigen tritt. In diesem Sinne rüttete der Vorstand des Verbandes Sächsischer Industrieller an den beteiligten Ausläufern des Reichswirtschaftsrates und an das Reichswirtschaftsministerium das Erwachen, die begonnenen Arbeiten für einen neuen deutschen Zolltarif zu beschleunigen. Es wird dabei zu erwägen sein, ob man das nicht auch mit einem provisorischen neuen Zolltarif beginnen kann, bis eine Stabilisierung der Mark erreicht ist.

#### Markberichte.

**Amtliche Notierungen der Produktionsbörsen zu Chemnitz.** Mittwoch, 15. November, nachmittag 3 Uhr. Stimmung: ruhig. Weizen 18 400—18 800 Mark, Roggen 12 000—12 400, Wintergerste 18 500—14 000, Hafer 18 500 bis 14 000, Mais 14 000, Weizenmehl 21 500, Roggenmehl

19 500, Weizenkleie 100, Roggenkleie 8500, Kleiebrot 4500, Weizenbrot 4800, bo. gepréte 4800 Mark für den Sennherz franz Chemnitz bei Geitzeide in Ladungen von 200—300 Sennherz, bei Weiß in Mengen unter 100 Sennherz. — Nächste Börse Donnerstag, 26. November.

**Amtliche Weizensortierung an der Produktionsbörsen zu Berlin.** 15. November. Weizen, märktlicher 12 900—13 200 für 50 kg ab Stationen, etwas teurer. Roggen, märktlicher 12 000 bei, etwas teurer. Sommergerste 12 800—13 000 für 50 kg ab Stationen, Hafer, märktlicher 13 850 bis 13 450, pommerischer 13 200—13 850 westpreußischer 13 000 bis 13 300 für 50 kg ab Stationen, fest. Mais 100 Berlin 18 600—18 500 für 50 kg, Weizenmehl 37 000—39 500 für 100 kg brutto einschl. Saat frei Berlin, feinste Märsche über Rottis bezahlt, gut behauptet. Roggenmehl 32 000 bis 34 500 für 100 kg brutto einschl. Saat frei Berlin, Hafer 20 000—21 000 für 50 kg ab Stationen, behauptet. Erbsen, Bitterbock 23 000 bis 24 000, kleine Spelzserben 20 000—21 500, Weizensorten 14 500—15 500, Weizen 18 500—19 500, Lupinen, blaue 14 000—15 000, Lupinen, gelbe 15 500—16 500, Haferkuchen 8000, Treidelnknebel 6100—6800, Vollm. Haferkuchen 8000—8200, Tortmehlerei 30/70 4000—4200.

## Zentral-Lichtspiel-Theater Gröba.

**Verloren**  
13. 11. eine Achsenbüchse  
Gemeindeweg Mergendorf  
bis Haida, Geg. Belobing,  
abgegeben.

**Thiele, Mergendorf.**

**Möbel, Zimmer**  
von jungem Herrn gesucht.  
Öfferten unter 0 0 9688  
an das Tageblatt Niela.

**Professionell** Anfang 50  
Länge 1,10. Stell.  
lung, sucht sich zu verhei-  
raten m. Witwe od. Verbu-  
lein v. 45—55 Jähr. Off. u.  
0 0 9688 an Tageblatt Niela.

**Aufwartefrau**  
sucht Zarinski,  
Gröba, Elbweg 4.

**Heimarbeit**

Gelübte Häfler. u. Stricken-  
rinnen für Baby-Woll-  
Artikel f. dauernd gesucht.

**Frau Frieda Wolf,**  
Gröba, Off. 22, 1.  
Einwohnerchein mitbrin-

**Waler-Behrling**  
Ostern 1928 bei guter Art  
und Behandlung gesucht.  
Walermitr. Hugo Gemlich  
Kommissar, Königstraße.

**Töchter, Tischler**  
sofort gesucht.  
H. Richter, Richterleer.

**Gute sofort zu kaufen**  
**dressierten Jagdhund.**  
Seidel, Melchner Str. 1.

Damen-Wintermantel u.  
Damenstiefel, Gr. 39 bis 40,  
von besserer Herkunft um  
Wahrung beiderl. strengst.  
Diskret, a. Kauf. ges., ebenso  
etw. Leibwölfe. W. Off. u.  
0 0 9688 an Tageblatt Niela.

**Einkauf**

**Gändler erhalten Händlerpreise.**  
**Kessel, Fabrikauflag. auf Abbruch**  
taut ständig

**Julius Ehrt**

Neu-Weida, Hauptstraße 5 — Tel. 447.

## Ich kaufe

altertüm. Gold- und Silbergegenstände und  
Schmuck aller Art, Bilder, Meißner Porzellane,  
Figuren, Teppiche, alte Möbel, Kübker u. Gläser,  
gegenstände, ältere Handarbeiten, Hölzlecken.  
Ich schaue auch solche Sachen ab.

Ich bin am Sonnabend, 18. November, im  
Hotel Kronprinz, Lehmann, Dresden

Blausewiger Str. 40. Vereid. Sachverständ.

**Achtung! Rause täglich**

Lumpen, Alteisen, Altmetalle  
Papier, Fächer, Gläser, Volt, Kerze.  
Achtungsvoll **A. Mann, Elbit. 1**  
bei Gebr. Acuminau. Fernruf 612.

Ab Freitag bis Montag der neueste amerikanische Sensationsfilm:

## Eddie Polo Seepiraten Eddie Polo

der König all. Sensationen

6 Ablösungen — 36 Uhr all. Sensationen

1. Episode: „Die Brant des Seeräubers“.

Ferner: „Das Lebensträger“, tiefergründendes Drama in 4 Akten.

Die Geschichte einer unverstandenen Frau.

Vorführungen: werktags 7 und 8 Uhr. Einlaß 1/2 Uhr. Sonntag ab 8 Uhr.

Um gütigen Zuspruch bittet die Besitzerin Anna Bach.

Voranzeige! Ab Dienstag: „Das Weib des Pharaos“.



## Schönes Haar — schönste Zitr!



Und dabei so leicht zu erwerben: Durch regelmäßige Pflege mit JAVOL. Das Kräuterhaarwasser JAVOL macht das Haar seidenweich, voll, düftig und locker, frei von Kopfschuppen und Schuppen. JAVOL ist in jeder Apotheke, Drogerie und beim Friseur zu haben.

## Wir empfehlen:

**ff. Tafel-Margarine** Bfd. 990 M.

**ff. Ruh-Butter** Bfd. 1010 M.

von anerkannt bester Qualität u. stets frisch.

Große Auswahl in Schokoladen erster

Firmen, Tafel 100 g. ungefähr v. M. 100 an.

Creme-Bruch, Schokoladen-Hüttchen

Brbr. Schokolade.

Ferner reines Weizen-Auszug-Mehl

weiße Weizen-Grieß

weiße Getreihonen, gut lockend

Rob-Kaffee, ff. gebr. Anfert., Rotos, Tee.

Hamburger Gross-Einkaufs-Zentrale

**Thams & Garis**

Filiale Riesa a. Elbe.

## Brikett-Ausgabe

für Riesa-Land —

Freitag, den 17. November, auf Oktober.

Oscar Hentrich.

## Altwarengeschäft

Freitag und Sonnabend von 1—7 Uhr geöffnet.

**Schloßstraße 19, Rades.**

Max Barth.

## Lumpen, Papier — Altmetalle

kaufe im Hofe von Café

Wolf, Paulsger Strasse.

Größere Wohne hofe ab.

Wilhelm Ried.

## Kammerlichtspiele

Hauptstraße

— Nur noch heute „Brudermost“.

— Ab morgen Freitag!

**Mary Walcamp**

in ihrem Meisterwerk

„Die Rätsel Africas“

ein Drama aus dem dunklen Erdteil in 5 Teilen.

3. Teil:

**Feuer, Schwert u. Galgen**

(Kämpfe im Sudan).

Der Welt größter Raubtier- und Waldfilm!

In diesem Teil werden Naturschön-  
heiten Africas gezeigt, welche überall  
die größte Bewunderung erregten.

Ferner die tolle amerikanische Groteske:

**Familie Haase**

eine Groteske unseres Jahrhunderts  
in zwei großen Akten.

In der Hauptrolle: Die Wunderdogge  
Brownie, sowie die kleinsten Filmschauspieler der Welt.

Täglich Anfang 1/2 Uhr, Kassenabschluß 9 Uhr.

**Jugendvorstellung!**

Bei Aufführung kommt wiederum ein  
Brachspielpianist.

Achtung! Ab Dienstag die große Sensation:

„Der vergiftete Strom“.

Um recht regen Besuch bittet  
der Besitzer R. Marek.

## Bremen

**AMERIKA**

**OSTASIA**

**AUSTRALIEN**

Regelmäßiger Personenz-  
und Frachtverkehr mit eigener

Dampfer. Anerkannt vorzüg-  
liche Unterbringung u. Versorgung  
für Reisende aller Klassen

Reisegepäck-  
Versicherung

Mehrere Auskünfte durch

NORDDEUTSCHER

**LLOYD**

+ BREMEN +

und seine Vertretungen

in Bremen:

Wilhelm Frenzel Nachf.

Wettinerstraße 2

## Gehrockanzug

gütek. 6—7 Uhr abends

zu verkaufen. Zu erfragen

im Tageblatt Niela.

## Küchengarnitur

zu verkaufen. Schreiber,

Bismarckstraße 8.

## Pianos oder Tafelklavier

zu kaufen gesucht.

Öfferten unter 0 0 9688

an das Tageblatt Niela.

## Raue alte Grammophonplatten

Freitag und Sonnabend

von 1—7 Uhr.

Ein- u. Verkaufsgeschäft

Schloßstraße 18.

## Altcupfer

### Das Elbproblem.

Auf der gemeinsamen Tagung der Bundesgruppe Sachsen des Reichsbundes deutscher Technik und der Vertreter des Hauptvereins deutscher Ingenieure in Böhmen, des Polytechnischen Verbandes und der Baumeister in der Elbeschlossenen Republik am Sonnabend und Sonntag in Dresden hielt Ministerialrat Sosser vom sächsischen Finanzministerium einen Vortrag über das Verkehrsproblem der Elbe im Zusammenhang mit Schiffahrtsfragen Deutschlands, Österreichs und der Tschechoslowakei. Der Vortragende sprach sich, wie wir dem „Dresden, 1922“ entnehmen, bei dieser Gelegenheit gegen den Elbe-Oder-Kanal aus, eine Stellungnahme, die gegenüber auf die früheren Veröffentlichungen über die Frage des Elbe-Oder-Kanals zu beweisen scheint. Er führt nach dem Berichte des „Nordböhmischen Tageblatts“ (Tschech.-Bodenbacher Blg.) u. a. folgendes aus:

Bis 1850 waren die Strombauten technisch rückständig. Man ließ die Strome in gleicher Weise verwildern. Das Ziel des Ingenieurs muss sein, die Flussläufe tünlichst festzuhalten und dadurch eine gewisse Fahrraumtiefe zu schaffen. In der Elbefahrtssacke von 1821 hat man die Tiefe der Elbe auf 70 Zentimeter festgesetzt, aber sie erwies sich bald als ungenügend. Auf der Elbe muss man zwei Strecken unterscheiden: unterhalb und oberhalb von Mittelberge. Dort wird hauptsächlich gebaggert, hier Grundschwellen gelegt und Parallelbauten vorgenommen. Wir erstreben jetzt von der sächsisch-tschechischen Grenze bis zur Saalemündung eine Fahrraumtiefe von 110 Zentimeter, unterhalb der Saale von 120 Zentimeter. Das bedingt uns große Einschränkung des Elbprofils. Wir legen in Sachsen fest auf eine Breite von 100 Meter. Als Schiffsbreitengrenze sucht man 40 Meter einzuhalten, doch muss man an einigen Stellen auf 30 Meter zurückgehen. Wenn diese Regulierung gelungen sein wird, haben wir die Möglichkeit, auf der Elbe ein 100-Tonnen-Schiff stets mindestens mit halber Ladung fahren zu lassen. Während des größten Teils des Jahres wäre vollständiger Wasserstand vorhanden.

Gegen diese Niedrigwasserregulierung der Elbe sind aber verschiedene Stimmen laut geworden. Man hat Talsperrenbauten vorgeschlagen, wie z. B. Major v. Donath. Er schlug Talsperren im Gebiet der Moldau mit einem Fassungsvermögen von 500 Millionen Kubikmetern vor. Damit will er jederzeit einen vollständigen Wasserstand erreichen können. Der Schaden, den die Regulierung anrichten würde, wäre aber größer als der Nutzen. Um wirklich nachhaltig Wasser aus Böhmen geben zu können, müsste man einen Stauteum von 1000 Millionen Kubikmeter haben. Ein dritter Weg zur Erhöhung des Niedrigwassers ist Kanalisierung durch Einbau von Wehren. Das ist in der Tschechoslowakei bereits geschehen, und zwar mit großem Vorteil. Wenn man in Sachsen die Kanalisation durchführen wollte, würden wir zehn bis zwölf Staustufen anlegen müssen und dann jeweils in der Lage sein, mit 1000-Tonnen-Schiffen zu fahren. Diese Bauten können wir uns aber jetzt nicht mehr leisten, denn sie würden Milliarden kosten. Obendrauf kann man auf preußischem Gebiet nicht kanalisieren, weil das Ufer dort ganz flach ist. Die Schiffe müssten also an der sächsisch-preußischen Grenze steuern und der Außen der sächsischen Kanalisation wäre das Ziel.

Der Ausbau des Stroms bedingt wesentliche Eingriffe in den Schiffsbetrieb. Noch bis vor 20 Jahren waren die meisten Räume 100 bis 120 Tonnen groß. Jetzt gibt es schon 1100- bis 1200-Tonnen-Räume. Man hat früher das 100-Tonnen-Schiff als das wirtschaftlich Beste angesehen, aber die wirtschaftlichste Ausnutzung bietet doch wohl das 800-Tonnen-Schiff. Man wird daher wohl an ihrem Bau zurückkehren. Durch die geplante Niedrigwasserregulierung kann der Verkehr wesentlich erhöht werden, wie er schon von 425 Millionen geleisteten Netto-Tonnen-Kilometern im Jahre 1875 auf 4 Milliarden im Jahre 1910 gestiegen ist. Da die Eisenbahn bisher — im Gegensatz zum Frieden — bedeutend billiger beförderte, ist eine starke Abwanderung der Güter vom Wasser zum Eisenbahnbau eingetreten. Das Reichsverkehrsministerium, das Eisenbahn und Schiffahrt analog unterscheiden, muss den notwendigen Ausgleich schaffen, die Schiffahrtsgesellschaften können es nicht.

Leider fehlt uns immer noch die große mitteleuropäische Wasserstraße. Die Verbindung zwischen Nord- und Ostsee und dem Schwarzen Meer muss kommen. Die Elbeinteressenten müssen dafür sorgen, dass man die Hauptverkehrsader nicht vergibt, den Elbe-Donaus-Kanal. Die Verbindung über Prag-Dubitz-Praha ist derzeit über die Moldau nach Linz aus verschiedenen Gründen sehr vorzuziehen. Hier liegt die Schleppfahrt mehrere hundert Meter höher und infolgedessen vereist das Wasser im Winter. Auch führt diese Verbindung durch wenig industrielles Gebiet, auch landwirtschaftlich nicht sehr etragreiches Gebiet, auch bietet das Hochwasser der Moldau Gefahren. Dagegen führt der Kanal Prag-Dubitz-Praha durch industriell und landwirtschaftlich hochentwickeltes Gebiet, braucht auch nicht so große Höhen zu überwinden, denn die Schleppfahrt liegt 200 Meter tiefer als bei der Wasserleitung. Die Tschechoslowakei wird wohl daran gehen, diesen Kanal zu bauen mit der Abänderung gegen früher, dass der Kanal nicht bei Wien, sondern auf tschechischem Gebiete in die Donau mündet.

Der Mittellandkanal wird einstweilen nur bis Peine geführt werden. Er muss aber unbedingt so bald wie möglich bis zur Elbe durchgeführt werden, fehlt doch nur eine Strecke von 100 Kilometern in der Luftlinie. Der Mittellandkanal gibt sowohl Sachsen als auch der Tschechoslowakei die Möglichkeit, ihre Absatzgebiete nach Westen zu erweitern. An dem Bau des in letzter Zeit stark vorbereiteten Elbe-Oder-Kanals ist vorerst nicht zu denken. Eine Verbindung zwischen Elbe-Oder-Ostsee besteht bereits, und Kanäle nur zu Abkürzungswegen sind jetzt unmöglich, wenngleich der Kanal natürlich manche Vorteile hätte. Man muss sich aber jetzt darauf befreien, das Notwendigste und Nächstliegende durchzuführen oder zu erstreben, und das sind zweifellos die Verbindungen nach Westen und Süden.

### Lenin über die neue russische Wirtschaftspolitik.

Aus Moskau wird gemeldet: Auf dem Kongress der kommunistischen Internationale sind die Größerungen über die Tätigkeit des Exekutivkomitees beendet worden. Eine einstimmig angenommene Entschließung hat das Vorzehen des Exekutivkomitees aufzugeben und seine Vollmachten, als von der höchsten Instanz der kommunistischen Bewegung der ganzen Welt ausgehend, anerkannt.

Donnerstag trat Lenin mit einer Rede über die Bedeutung der neuen Wirtschaftspolitik hervor. Er erinnerte daran, dass er schon im Jahre 1918 darauf hingewiesen habe, dass der Staatkapitalismus eine Etappe von der Kleinproduktion zum Sozialismus sei. Die neue Wirtschaftspolitik sei ein Rückgangsmoment, welches ebenso notwendig sei, wie die Ausarbeitung eines Angriffsplanes. Im weiteren Verlauf seiner Rede führte Lenin aus: Auf dem Gebiet der Finanzen haben wir die Stabilisierung des Handels erreicht. Die Bauernschaft ist mit dem Hunger fertig geworden; freiwillig liefert sie die Naturalsteuer ab und denkt an keine Auflehnung gegen die Sowjetmacht. In der Leichtindustrie ist ein allgemeiner Aufschwung bemerkbar, die Lage des Proletariats der Hauptstädte ist sich wesentlich gebessert. In der Schwerindustrie ist der Fortschritt weniger sichtbar, jedoch mehren sich die Mittel für

## Der Stand der Regierungsfrage.

### Ein freies Kabinett der Köpfe.

Die Wnung der Regierungsfrage ist gestern nachmittag nicht gefordert worden. In den Besprechungen des Reichspräsidenten mit den Parteiführern erklärte der Abg. Marx laut „Blatt“, dass das Zentrum nicht nur sich weigerte, Vorschläge für die Nachfolge des Dr. Wirth zu machen, sondern auch seinem seiner parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitglieder es gestatten würde, das neue Kabinett zu bilden. Ebenso wie das Zentrum soll es, wie das Blatt schreibt, die sozialdemokratische Fraktion ablehnen, den Reichskanzler zu stellen. Da die demokratische Fraktion als die kleinste der bisherigen Koalitionsparteien ancheinend nicht in Frage komme, werde, wie das Blatt schreibt, nach einer anderthalb des Reichstages und auch außerhalb des Parteigebietes stehenden Persönlichkeit Ausschau gehalten, die ein freies Kabinett der Köpfe bilden sollte. Der „Sozialanzeiger“ hält es dagegen für möglich, dass Dr. Wirth wiederkehrt und an die Spitze eines solchen Kabinetts tritt. Der „Vorwärts“ betont die erneute Bereitschaft der Sozialdemokraten, wieder ihren Teil an den Posten der Verantwortung zu tragen. Die Deutsche Volkspartei tritt laut „Deutscher Allgemeiner Zeitung“, falls die große Koalition nicht erreichbar ist, für ein Kabinett der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft ein. Die deutschsozialistische „Zeitung“ teilt dazu mit, dass in der Fraktion vorwiegend die Meinung vertreten wurde, dass ein Kabinett der Arbeitsgemeinschaft wohl die glücklichste Lösung der Regierungsfrage sei, da es die Möglichkeit bleibe, alle Kräfte einschließlich zusammen zu lassen und einzufügen. Diese Möglichkeit liege vor allen Dingen vor bei der Besetzung der Ministerien des Auswärtigen, der Wirtschaft und der Finanzen. Unter diesen Umständen habe man auch die allergrößten Bedenken gegen eine etwaige Zurückversetzung des bisherigen Reichswirtschaftsministers auf diesen Posten. Die Fertigung dieses Ministeriums müsse ebenso wie die des Verkehrs- und Postministeriums in Kaufmännische Hände gelegt werden. Wie das Blatt weiter schreibt, scheint bei der zunächst beabsichtigten Bildung eines Kabinetts der Persönlichkeiten geplant zu sein, die in der letzten Reparationsnote niedergelegten Zeiträume als programmatrice Grundlage anzunehmen. Die „Kreuzzeitung“ stellt für den Fall der Bildung eines Kabinetts ohne Sozialdemokraten die Mitarbeit der Deutschen Nationalen in Aussicht.

### Eine weitere französische Stimme zum Kabinett.

„Gaulois“ schreibt zum Rücktritt des deutschen Kabinetts: Der einzige Grund, der den Reichspräsidenten Ebert bestimmen könnte, koste es, was es wolle, eine neue Kombination zu versuchen, in der Dr. Wirth auf seinem Posten bliebe, sei die Notwendigkeit, dem gegenwärtigen Reichskanzler die Fortsetzung der Klarheit in Berlin aufgenommenen Verhandlungen mit der Entente zwecks Löschung der Reparationsfrage zu überlassen. Die alliierten Delegierten hätten bei ihrem Aufenthalt in Berlin in Wirth einen höflichen, von vernünftigen Empfindungen geleiteten Partner gefunden, der aufrichtig eine Verständigung mit den Gläubigern Deutschlands zu wünschen schien. Es wäre also sehr schade, wenn Nebel, wenn in dem Augenblick, wo die Möglichkeit einer Entspannung zu erkennen sei, der Chef der deutschen Regierung durch eine Persönlichkeit ersetzt würde, die den Argumenten der Vernunft und des gesunden Menschenverstandes weniger zugänglich wäre. Es sei daher nicht auszuschließen, dass der Kanzler sich bemühen werde, ein Geschäftskabinett aus Fachleuten ohne ausgeschlossene politische Karriere zu bilden. Diese Lösung würde nur einen Übergangscharakter tragen. Nach allem sei das aber vielleicht das wünschendste.

### Regierungsfrage und Stabilisierungsprogramm.

Von ausständiger Seite in Berlin wird erklärt: Der Rücktritt derjenigen Regierung beruft in keiner Weise das in der Note vom 14. November d. R. an die Reparationskommission niedergelegte Stabilisierungsprogramm. Die Reichsregierung hat die Note erst überreichten lassen, nachdem sie mit den Führern der bisherigen Koalitionsparteien, den Deutschen und der Bayerischen Volkspartei eingehend erörtert war. Jede kommende Regierung, wie sie auch geformt sein möge, wird daher hinter diesem Programm stehen müssen.

Ihren Aufschwung. Wir erhalten keine ausländischen Kredite, ohne die nicht einmal Industrielande auskommen können: Konzessionen besitzen bisher nur auf dem Papier. Der Handel hat um 20 Milliarden Goldmark eingebrochen, welche zum Wiederaufbau der Schwerindustrie verwendet werden, die ein notwendiger Faktor zur Sicherung unserer Selbstständigkeit ist. Der russische Staatkapitalismus gibt das Land, die Industrie und den Handel nicht aus den Händen, um die Macht in den Händen der Arbeiter zu erhalten und den Weg zum Sozialismus herzutunstellen. Nur mittlere Unternehmungen werden in Pacht gegeben. Wir haben viele Fehler begangen, doch mit dem Versailler Friedensschluß, mit dem Vertrag mit Polen sind größere Dummheiten begangen worden als diese.

### Die Lausanner Friedenskonferenz.

Der erste türkische Delegierte für Lausanne Ismet Pascha erklärte einem Vertreter des „Tempo“, entschlossen, die Wahrung ihrer Rechte, wie sie im Nationalpakt aufgestellt seien, durchzusetzen, bleibe die neue Türkei den Verpflichtungen treu, die sie eingegangen sei, insbesondere auch dem französisch-türkischen Abkommen von Angora. Mögliche Bekleidung der Friedensverhandlungen sei geboten. Die Heit sei kostbar. Wie die Dinge im Orient liegen, könne jeder Tag zwischenher herbeiführen. — Wie Havas mitteilt, ist gestern nachmittag das Memorandum des britischen Auswärtigen Amtes, in dem der Standpunkt der englischen Regierung in der Orientfrage auseinandergestellt wird, am Quai d'Orsay überreicht worden. Der Wortlaut wird geheim gehalten. — Ismet Pascha wurde gestern nachmittag von Poincaré empfangen. Nach einer von der „Liberté“ veröffentlichten Meldung aus Lausanne hat die englische Regierung Ismet Pascha eingeladen, nach London zu kommen. Ismet Pascha hat zugesagt.

### Die Lage in Düsseldorf und Köln.

Mittwoch vormittag ist in Düsseldorf eine merkliche Entspannung in der allgemeinen Lage eingetreten. In mehreren Betrieben wird wieder gearbeitet. Während der Nacht und auch während des Vormittags sind keine weiteren Ruhestörungen vorgekommen. Dagegen versuchten Düsseldorfer Ausländer, die Bewegung nach Willemer zu tragen und in die Thyphenhütte einzudringen. Sie wurden aber von der dortigen Polizei abgewiesen. Kurzzeit sind Verhand-

### Sitzung der Reparationskommission.

Wie Havas mitteilt, hat die Reparationskommission gestern vormittag eine ausschließlich der Regelung laufender Angelegenheiten von geringer Bedeutung gewidmete offizielle Sitzung abgehalten. Gestern nachmittag und heute fanden offizielle Zusammenkünfte der ersten und zweiten Delegierten statt, bei denen die Ergebnisse der Enquête in Berlin, die verschiedene Vorschläge der deutschen Regierung und der internationalen Sozialverständigen, darunter auch diejenigen, die in der vorgestern von der Kriegsblatzenkommission überreichten Rollen enthalten sind, weiter geprägt werden sollen. Die übliche Freitagsitzung der Kommission wird hauptsächlich die Frage der deutschen Holz- und Kobolzlieferungen zum Gegenstand haben, deren Heraufsetzung von der deutschen Regierung gefordert worden ist.

### Die „Times“ zum Stabilisierungspan.

Der Finanzredakteur der „Times“ schreibt, der Plan der deutschen Regierung für die Stabilisierung der Mark enthält gewisse Vorschläge, die ihm wahrscheinlich in seiner jetzigen Gestalt für die Alliierten unannehmbar machen würden. Die Vorschläge bedeuten jedoch einen beträchtlichen Fortschritt gegenüber jedem anderen Schritt, der von der deutschen Regierung zur Löschung der Währungsfrage bisher gemacht worden sei. Es ist die erste praktische Anstrengung, die Deutschland gezeigt habe, um die Wiederherstellung seiner Finanzen zu fördern. Nach Ansicht des Finanzredakteurs bestehen zwei Haupteinwände gegen den Plan, erstmals, dass der Plan von einem Moratorium für einen festen Zeitraum von 3 bis 4 Jahren abhängt. Die Sozialverständigen hätten mindestens 2 Jahre vorgeschlagen. Wenn die Alliierten Deutschland ein Moratorium für einen endgültig festgelegten Zeitraum gewährten, welche Garantien hätten dann, dass Deutschland seinen Stabilisierungspan wiederholen darf? Der Zeitraum eines Moratoriums müsse dem Belieben einer internationalen Überwachungskommission überlassen werden, die sich in Berlin befinden müsse und die die deutschen Finanzen unter dauernder Beobachtung halten müsse. Die Mark, das Moratorium zu beenden, würde für die Alliierten die einzige Garantie für eine Erfüllung sein. Zweitens würde sicher ein Einwand gegen den Vorschlag erhoben werden, nur die Hälfte des Ertrages innerer Anleihen für Reparationszwecke zu bestimmen. Der Vertrag, der für diese Zwecke verwendet werden sollte, müsse dem Urteil der Kommission überlassen werden.

### 55 Millionen Goldmark in Schatzwesen bezahlt.

Die Reparationskommission veröffentlicht einen offiziellen Bericht, wonach gestern die Kriegsblatzenkommission in Paris Schatzwesen im Wert von 55 Millionen Goldmark auf Grund des Vertrages der Reparationskommission vom 31. August 1922 überreicht hat. Die am 15. November fällige Zahlung beträgt an und für sich 60 Millionen Goldmark. Die Differenz zwischen dieser Summe und dem erwähnten Betrage von 55 Millionen Goldmark ist zum größten Teil durch gewisse an die Kommission bereit gestellte Summen gedeckt. Mit dem Rest wird die Kriegsblatzenkommission am 17. d. R. einen weiteren Schatzwechsel überreichen.

### Huberse über das Stimmabkommen.

Senator Huberse hat gestern vormittag einen Vortrag über die Besprechungen gehalten, die zu dem Abkommen über die Lieferung der notwendigen Materialien zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete geführt haben. Der ehemalige Bürgermeister von Nancy, Gustave Simon, der im Rahmen der Voerther Unternehmer sprach, protestierte gegen das Altona von 6 Prozent, das man Hugo Stinnes gewährt hat, um seine Betriebslösen zu decken. Huberse lehnte ausserdem, dass dieses Altona ein Kontrollmittel bilde. Gustave Simon erklärte, dass es besser wäre, sich an Privatfirmen als an eine Gruppe von Finanzleuten zu wenden. Die Voerther, die Unternehmer und die Delegierten der Wiederaufbau-Kommission folgten der Erörterung mit regem Interesse.

### Sintenzahlung Englands.

Das Bankhaus Morgan hat, wie aus New York gemeldet wird, der Bundesreiserverband eine weitere Summe von 50 Millionen Dollar als Teilzahlung des Sintenzahlungsdienstes der britischen Kriegsdebt an die Vereinigten Staaten zugestellt.

Senatoren Huberse hat gestern vormittag einen Vortrag über die Besprechungen gehalten, die zu dem Abkommen über die Lieferung der notwendigen Materialien zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete geführt haben. Der ehemalige Bürgermeister von Nancy, Gustave Simon, der im Rahmen der Voerther Unternehmer sprach, protestierte gegen das Altona von 6 Prozent, das man Hugo Stinnes gewährt hat, um seine Betriebslösen zu decken. Huberse lehnte ausserdem, dass dieses Altona ein Kontrollmittel bilde. Gustave Simon erklärte, dass es besser wäre, sich an Privatfirmen als an eine Gruppe von Finanzleuten zu wenden. Die Voerther, die Unternehmer und die Delegierten der Wiederaufbau-Kommission folgten der Erörterung mit regem Interesse.

### Die Teuerungsaktion der Beamten.

Die Berliner Blätter hören: Die Tatsache, dass bisher eine Einladung an die Sozialorganisationen der Beamten und Arbeitnehmer zu den Verhandlungen über die Teuerungsaktion vom Reichsfinanzministerium noch nicht ergangen ist und dass der Rücktritt des Reichskabinetts die Möglichkeit einer Verzögerung der Teuerungsaktion in sich schließt, wird die Beamten veranlassen, auf eine Beschleunigung des Teuerungsaktion zu dringen.

### Schärfste Bucherbekämpfung in Preußen.

Wie eine sozialdemokratische Korrespondenz zur Berufung des Abg. Grzesinski zum Leiter des preußischen Landespolizeiamtes mitteilt, soll sich dieses Amt mit allen Kräften einer energischen Bucherbekämpfung in Preußen zuwenden. Das Landespolizeiamt werde mit aller Schärfe gegen den Bürgertum auslaufigen Bürgern vorgehen. Es hoffe dabei auf die Unterstützung breiter Volkschichten. Weitere Maßnahmen zum Zwecke der Bucherbekämpfung würden in Kürze vom preußischen Ministerium des Innern und vom Landespolizeiamt getroffen werden.

### Übermäßige Erhöhung der Frontentente.

Der Reichsverkehrsminister hatte den Königlichen Magistrat des Reichsdeutschenbundes auf Mittwoch vormittag einberufen, um ihm über die Folgen der Gebietsverteilung, die seit der letzten Tarifverhandlung vom 1. November ein-

treten ist, um die Reichsbahn-Politik zu erstatte und sein Gutachten für die zur Erhaltung des Reichsgesetzes zwischen Einnahmen und Ausgaben zu treffenden Maßnahmen einzuholen. In der mehrheitlich eingeschlossenen Beratung wurde die Wirtschaftspolitik der Reichsbahn, deren Ziel darin liegt, um die Aufrechterhaltung des Betriebes selbst erhebliche Opfer zu bringen, als richtig anerkannt und genehmigt. Folgende Ausbildung wurde einstimmig angenommen: Der Ständige Ausschuss des Reichsseidenbahnrates nimmt zur Kenntnis, daß die seit dem 1. November eingetretene Steigerung der Löhne und Materialien (insbesondere der Brennkosten) eine übermäßige Erhöhung der Frachtkosten notwendig erscheinen läßt. Es erwartet, daß diese Erhöhung sich in den engsten, durch die Vertierung der Ausgaben unbedingt abzobringen Grenzen halten wird. Durch Rechtsbeschluss wurde ein Zuschuß zu dieser Entschließung angenommen, der die Erwartung ausdrückt, daß die Veränderungen, die durch die Steigerung der Frachtkosten für die einzelnen Güter eingetreten sind, durch Neuorientierung der Güter ausgleichen werden.

Es ist dehnlich zum 1. Dezember mit einer Anleitung der Gütertarife an den geplanten Geldwert zu rechnen, deren Ausmaß jedoch noch nicht übersehen werden kann.

## Deutscher Reichstag.

wib. Berlin, 15. November.

Präsident Poede eröffnet die Sitzung mit der Mitteilung, daß der Vertreter Thüles dem Reichstage seinen Dank für die Teilnahme und die Ausbildung zu der Erdbebenkatastrophe ausgesprochen habe.

Der Initiativvorschlag der armen Parteien, welcher das Entschädigungsvorfahren für die Verbrannten, Kolonial- und Auslanddeutschen verbessert, wird in allen drei Sitzungen angenommen.

Sodann begründet Abg. Dr. Schreiber (S.) die Interpellation seiner Partei, welche Abhilfe für die Not der deutschen Wissenschaft verlangt. Große Forschungsinstitute müssten aus Geldmangel ihre Arbeit einstellen und der Untergang wissenschaftlicher Werke aus dem Auslande werde immer schwieriger. Überragende wissenschaftliche Gesellschaften müssten eingehen. Auch die Notlage der gelehrten Arbeiter fordere dringende Abhilfe, wenn nicht die ideellen und technischen Grundlagen unserer Kultur noch mehr erschüttert werden sollten.

Staatssekretär Schulz: Die erste Ursache der Notlage der deutschen Wissenschaft reiche in die Kriegszeit zurück. Nach dem Kriege war die deutsche Regierung gern bereit, die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft mit der damals beträchtlichen Summe von 100000 Mark zu finanzieren. Die ungeheure Geldentwertung ließ aber alle damals aufgeworfenen Beträge nicht entfernt mehr zur Erfüllung ihrer Zwecke ausreichen. Immerhin sei es dem Greifreien der Reichsbüroden gelungen, den Zusammenbruch der deutschen Wissenschaft aufzuhalten. Das ist auch von der Wissenschaft anerkannt worden. Sie in den Statistiken für 1923 eingestellten Summen sind durch die letzte starke Geldentwertung wieder überholzt und wir rechnen auf ihre Erhöhung durch Reichstag und Reichsrat. (Beifall.)

Auf Antrag des Abg. Dr. Pfeiffer (S.) wird die Verbreitung der Interpellation geschlossen. Sie wird um 8 Uhr auf Donnerstag 2 Uhr vertagt.

## Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Die Deutschnationalen beantragen die Wahlpflicht. Nach einer Meldung der "Börsen Zeitung" ist dem Reichstag ein Initiativvorschlag des Deutschnationalen Volkspartei zugegangen, der die Reichsregierung verpflichtet, ein Reichsgesetz vorzulegen, wonach Wahlberechtigte bei den Wahlen zum Reichstag und zu den Volksvertretungen der Länder ihr Stimmrecht ausüben verpflichtet sind.

Im Prozeß wegen des Anschlages auf den Oberbürgermeister Scheidemann, der in den nächsten Wochen vor dem Staatsgerichtshof verhandelt wird, ist den beiden Verhexten jetzt die Anklageurkraft zugestellt. Angeklagt sind der 22 Jahre alte Kaufmann Hans Gustert aus Elberfeld und der 19jährige Landwirt Karl Oehlschläger aus Altkirchen bei Coln (O.S.). Gustert führte den Vorwurf aus, während Oehlschläger die Flüssigkeit beschafft haben soll, die Gustert Scheidemann in das Gesicht spritzte.

Polen.

Die bessarabische Frage. "Daily Telegraph" aufzeigt, daß die polnische Regierung der Sowjetregierung mitgeteilt, daß jeder Angriff auf das rumänische Bessarabien durch die polnische Armee von ihr als casus belli angesehen werden wird.

## Die Siegerin.

Roman von Hans Schulze-Sora.

9. Fortsetzung.

Lotte hatte sich mit Herrn Salbach vor dem Kasten des rasenden Publikums durch eine Seitenlupe der Bank nach dem Privatkontor des Vaters geslichtet.

Hier traf sie ihren Bruder Paul in einer Konferenz mit dem zweiten Prokuristen Herrn Werner, einem noch jüngeren Mann von energischem Gesichtsausdruck und sicherer Haltung, der der Depositen- und Kontokorrentabteilung des Bankgeschäfts vorstand.

"Bis jetzt hat sich die Willigkeit der Deutschen absolut glatt vollzogen!" erklärte Herr Werner nach der ersten Begegnung. "Die Erregung unserer Kundenschaft ist vollkommen unberechtigt, sämtliche Einlagen sind selbstverständlich unangetastet. Schwieriger dürfte sich dagegen die Befriedigung unserer Kontokorrentkundfamilie gestalten. In unseren Stadtkassen liegen die Geschäftsumsätze genau ebenso! Von fünf verschiedenen Stellen bin ich bereits telefonisch um Ergänzung ihres Bargeldvorrates angegangen worden, während wir hier doch selbst jeden Pfennig verteidigen müssen!"

Mit einer raschen Bewegung war Lotte an den amerikanischen Schreibtisch des Vaters getreten.

"Ich danke Ihnen für Ihre Mitteilungen, Herr Werner!" sagte sie. "Aber ich verstehe vom eigentlichen Bankgeschäft zu wenig, um mir irgendein Urteil erlauben zu können! Und Ihre kostbare Zeit möchte ich gerade in diesen kritischen Minuten nicht überflüssig in Anspruch nehmen. Was mich allein interessiert und was für ich durch meine gemeinsame Arbeit mit meinem Vater ein gewißes Verständnis zu besitzen glaube, ist die Lenner Fabrik! Vielleicht haben Sie, Herr Salbach, die Freundschaft, zunächst die Lenner Telegramme mit mir durchzuarbeiten, damit wir erst einmal klaren Überblick über den eigentlichen Umfang der Katastrophe gewinnen."

Um sieben Uhr abends lehrte Lotte endlich wieder von der Bank nach Hause aus.

Gest volle zehn Stunden hatte sie mit den beiden Prokuristen in liebhaberhafter Tätigkeit im väterlichen Kontor zugebracht und sich kaum im benachbarten Löwenbräu eine kurze Mittagspause gegönnt.

Die Abschließung des Fabrikungslücks übertraf nach den letzten Nachrichten auch die schlimmsten Befürchtungen.

Der am Abend zuvor gemeldeten Explosion war am nächsten Morgen eine zweite, noch weit stärkere gefolgt, die von der Presse allgemein als eine der gewaltigen Katastrophen bezeichnet wurde, von denen

in dem Streik in der Textilindustrie in Boda beteiligt waren nicht nur die Arbeiter des Bodensee-Industriegebietes, sondern auch die anderen Industriekräfte, wie von Tomashow und Bahlwance. Die Zahl der Streikenden wird auf 100000 geschätzt. Die Textilunternehmer sind bereit, 20 Prozent der geforderten Lohnverhöhung zu bewilligen.

Die Wahlen zum Senat. Nach den bisherigen Ergebnissen der Wahlen zum Senat erhielten der Reichsbund 50, der Widerstandsbund 22, die Witospartei 14, die Thauquartier 11, die sozialdemokratischen Konservativen 4 und die Nationale Arbeitspartei 2 Sitze. Gegenüber den Sejm-Wahlen schneidet besser ab der Widerstandsbund und der Rechtsbund.

Kleinhollawakel.

Studentenstreik in Prag. Zum Sektor der deutschen Universität Prag war im Juni Prof. Dr. Steinberg gewählt worden, worauf die arische Studentenschaft einen formellen Protest einbrachte, der vom Senat zurückgewiesen worden war. Wie die Blätter melden, hat die arische Studentenschaft der Universität Prag die Angelegenheit neu ergriffen und den Streik an der Universität proklamiert. Zur Verhinderung der Vorlesungen besetzte sie die Eingänge zur Universität. Vor dem anatomischen Institut kam es zu einer Schlägerei, sodass die Polizei eingreifen mußte. Die arische Studentenschaft des deutschen Technikums beschloß sich heute dem Streik anzuschließen. Der Senat wollte gestern abend über die Lage beraten.

Österreich.

Am Hochverratsprozeß begann Dienstag vormittag die Neuanvernehmung mit einer langen Anklage des früheren Oberstkommandierenden Papulus. Auf eine Frage wegen seiner vor dem Untersuchungsrichter abgegebenen Erklärung, daß er die Politik des leitenden Mannes des Regimes Konstantin als einen Akt des Hochverrats betrachte, erwiderte der Zeuge: "Sicherlich ist sie gewissenlos, und ihre Handlungen sind verbrecherisch." Der ehemalige Generalstabchef der kleinasiatischen Armee, General Wallis, ist von dem Vorsitzenden der Untersuchungskommission verhört und seine Verhaftung veranlaßt worden.

England.

Die Zahl der Arbeitslosen in England hat in der zu Ende gegangenen Woche um 29614 zugenommen und beträgt jetzt 1366800.

Amerika.

Einführung der transatlantischen Dampferlinien. Nach einer Meldung des "New York Herald" aus New York hat sich auf der Schiffstaatskonferenz für den Nordatlantischen Ozean herausgestellt, daß die transatlantischen Dampferlinien unter der Wirkung der Einwanderungsgefechte der amerikanischen Regierung in diesem Jahre bis jetzt 30 Millionen Dollar eingebüßt haben, die allerdings zum Teil durch die Erhöhung der Fahrtkosten in der ersten und zweiten Klasse ausgeglichen sind.

## Gerichtsamt.

Umfangsreiche Materialdiebstähle verübte der 26 Jahre alte Kleinigner bzw. Werkmeister Rudolf Ernst Günther zum Nachteil einer Dresdner Firma, wo er eine Vertrauensstellung inne hatte. Die gestohlenen Materialien mußte seine Ehefrau Sophie geborene Stopp in der Hauptstube den Abnehmern überbringen. Als leichtere Läden unter anderen der 1878 zu Czernowitz geborene Hobproduktionsbäcker David Aida Lampen und besten Schraubz in Betracht, die auch die gelegentlich vorgeführten Einträge über bewirkte Anklage unterliegen. Das Dresdner Schöffengericht verurteilte Günther wegen Diebstahls zu 10000 Mark, wegen Diebstahls dessen Ehefrau zu 1000 Mark, den Händler Lampen desgleichen zu 30000 Mark und die Frau Betty Lampen zu 5000 Mark Geldstrafe. Ein gewisser Sandholz wurde von der Anklage der Schreiber freigesprochen.

Prozeß Müller-Heim. Die Beweisaufnahme wurde am Mittwoch fortgesetzt, unausgelebt suchte Müller-Heim seinen Artikel und Gedichten einen anderen Sinn zu geben, als die Anklagebehörde annehmen konnte. Einmal besonderes ist aus der Verhandlung am zweiten Terminstag nicht zu erwähnen. Gegen 5 Uhr nachmittags befand Müller-Heim einen Unfall, der Dresdner Schöffenkarte mußte verdeckt gehoben und die Verhandlung schließlich auf nächsten Sonnabend, 2 Uhr nachmittags ausgelegt werden.

Ein Schlechthandelsprozeß. Der in Dresden-Pochwitz wohnhafte, 1889 zu Landsberg an der Warthe geborene, leipziger Provisionsvertreter der Deutschen Kraftfuttergefäßfabrik Johannes Friedrich Lange mußte sich wegen Schlechthandels und ungenehmigten Großhandels mit Lebensmitteln vor der 3. Strafkammer verantworten.

Deutschland während der letzten Jahrzehnte heimgesucht worden sei.

Die einzelnen Detonationen waren so stark gewesen, daß sie im ganzen rheinischen Industriebezirk gehört wurden.

In Lenne und Umgegend waren sämtliche Fenster zertrümmert, eine große Anzahl von Dächern abgedeckt und ganze Wände und Hausseiten, kleinere Gebäude durch die gewaltige Luftbewegung eingedrückt worden.

Die Fabrik selbst bildete nach den übereinstimmenden Berichten der Morgenblätter nur ein einziges großes Trümmerfeld, dem sich niemand zu nähern wagte, weil aus dem Kellergericht noch eine dritte Explosion der dort gelagerten und zum Verland bereits fertig gemachten Dynamitkisten befürchtet wurde.

Taheim fand Lotte alles unverändert.

Der Vater lag noch in schwerem, schwarzem Halbschlaf, ohne Bewußtsein für die Vorgänge in seiner Umgebung, ein lebender Tot.

Im ganzen Hause herrschte ein gebrüderliches Schweigen. Die Tienerität huschte auf leisen Sohlen über die teppichbelegten Korridore.

Riemann wagte ein lautes Wort, in ahnungsschwerem Bangen vor der unsichtbaren Majestät des Todes.

Nach kurzem Besuch bei der Mutter ging Lotte noch ihrer im ersten Stock gelegenen Wohnung hinauf und beschloß ihrer alten Kinderfrau Dora, sofort ihre Koffer zu packen.

Sie hatte sich, da die beiden Prokuristen im gegebenen Moment im Interesse des Bankgeschäfts von Berlin abhol unabschließbar waren, im Einverständnis mit Herrn Salbachs Vorsitz entschlossen, trotz der ersten Erkenntnis des Vaters noch am heutigen Abend mit dem Räucherfeste nach Lenne zu reisen und auf den Ruinen der Fabrik in persönlichem Kontakt die Rechte der Familie wahrgenunzen.

Die Aufregung und Erwartung waren in ihr so mächtig, daß sie sich aller Bitten widerstrebte, vor der Fahrt zum Bahnhof wede zum Eisern noch zum Schlafen zu zwingen vermochte und erst später im Coupee unter dem Einfluß der vorwiegendlichen Erholung endlich ein paar kurze Stunden im Auto schlief.

Als sie dann lange nach Mitternacht wieder erwachte, hatte der rasch eilende Zug bereits die Wallerscheide des Weißerstroms überschritten und raste jetzt durch die Grafschaft Markt dem Herzen der deutschen Industrielande, der Heimat der schwarzen Themen, zu.

Zu beiden Seiten des Bahntunnels leuchteten die Hochöfen in leuchtiger Fülle, wie gewaltige Fackeln standen die lodernenden Glutberne in dem nächtlichen Unter-

hange wurde nach dem Eröffnungsbefehle Bettwurst, doch er im Jahre 1920 verhältnismäßig zum Teil bedeutende Gewölbe mit Ufer- und Mangoschalen, Hähnchen und dergleichen Mehl, sowie mit Dosen, Mehl und Schinnerkäse getötet habe, obwohl aber dazu im Besitz der erforderlichen behördlichen Genehmigung gewesen zu sein. Der Angeklagte führte vor Gericht aus, daß er während des ganzen Krieges im Hause war, dann ein Unterkommen bei der Volkshospitals aufgefunden habe, und daß er sich später selbständig gemacht habe, ohne aber dazu die Genehmigung zu lassen. Zu seiner Zeit brachte er die Genehmigung zum Großhandel mit Buttermitteln. Die unter Anklage stehenden Geschäfte will Lange nicht aus Gewinnlust gemacht haben. Eine vielstündige, umfangreiche Beweisherabung war erforderlich, um den Sachverhalt aufzuführen, etw. in später Abendstunde konnte die Verhandlung zu Ende geführt werden. Dem Antrage des Staatsanwaltes entsprechend wurde Lange wegen Schleichhandels und ungenehmigten Großhandels mit Lebensmitteln zu insgesamt vier Wochen Gefängnis und 15000 Mark Geldstrafe verurteilt. Von der erkauften Strafe gelten die Gefängnisstrafe ganz und 15000 Mark Geldstrafe durch früher erlittene Unterfuchungshaft als verdoppelt. Soweit noch Anklage wegen übermäßiger Preissteigerung und Weihbis zum Betrag erhoben war, erholte Preisabzug, ein Schuldbeweis ließ sich in dieser Richtung hin nicht führen, der zu einer Verurteilung hätte ausreichen können.

## Kunst und Wissenschaft.

Die Ehrengabe des Reiches an Gerhart Hauptmann. Aus Anlaß des gestrigen 60. Geburtstages Gerhart Hauptmanns ließ der Reichspräsident dem Dichter als Ehrengabe des Reichs einen Deutschen Adlerbild überreichen, ein von Professor Wacker-München entworfenes und ausgeführtes Kunstwerk aus Bronzezug, das auf einem feingearbeiteten Sockel im runden Schild den Reichsadler zeigt; die Rückseite des Schildes trägt zwischen einem Lorbeer- und einem Eichenkranz die Inschrift: "Gerhart Hauptmann, dem Dichter und Schriftsteller, in dessen Werk die Seele des deutschen Volkes zu Licht rang — der Reichspräsident". Die Gabe war von nachstehendem Schreiben des Reichspräsidenten begleitet: "Mein lieber, sehr verehrter Herr Dr. Hauptmann! Um führende Deutsche, die ihren Namen in der Geschichte des Vaterlandes eingegraben haben, zu ehren, habe ich das Symbol des Reiches, den Deutschen Adler, in Bronze prägen und diese Prüfung auf einen Sockel aufstellen lassen. Das erste Stile des Adlerbildes überreiche ich Ihnen an dem Tag, da ganz Deutschland an der Feier Ihres 60. Geburtstages teilnimmt. In einer Welt der Unrecht und Bedrängnis steht Ihr Bild leuchtend vor unseren Augen: an der Wurzel unserer Gegenwart geboren, haben Sie Ihre Kämpfe und Wirken vorausschauend empfunden und es vermocht, die ringenden Kräfte unserer Welt und unseres Volkes an unvergänglicher Gestalt zu erheben. Liebe zum Vaterland, auch in der Zeit seiner Leid, Verständnis für die eigenen Menschen, ein heldenhafter Geist, der nicht für eine besondere Freude, Ihnen an diesem Tag meine aufrichtigen, herzlichen Glückwünsche zu sagen, denen ich hiermit Ausdruck gebe als Ihre Werte stets ergebener Eber."

Festvorstellung zu Ehren Gerhart Hauptmanns. Am gestrigen Festvoerstellung im Großen Schauspielhaus in Berlin an Ehren Gerhart Hauptmanns, an der auch der Reichspräsident Eberl teilnahm, sang es zu stürmischem Applaus für den anwesenden Dichter. Es wurde "Florian Geper" gegeben. Der die Titelrolle spielende Eugen Klöpfer überreichte am Schluss des Spieldes dem Dichter, der sich immer wieder auf dem Podium zeigen mußte, einen goldgezieren Lorbeerkrans.

Mitteilung der Sächs. Staatsoper. Opernhaus. Hans Pfitzners Kantate "Von deutscher Seele", die im Rahmen des II. Sinfoniekonzerts Reihe B am Freitag, den 17. November, erstmals in Dresden aufgeführt wird, erlebte ihre Uraufführung in Berlin durch das Philharmonische Orchester unter der Leitung von Meprovitsch und gleichzeitig in Stuttgart unter Fritz Busch. In der unter Fritz Busch stattfindenden zweiten Aufführung wirkten mit Grete Mermel-Richter, Helene Jung, Max Högel und Willi Bader.

Ein Bahnhof huschte vorbei mit einem unentwirrbar Schienennetz, ein zweiter, ein dritter.

Dazwischen funkenfördernde Schlothe, elektrisch beleuchtete Fabrikfronten, weithin über das flache Land verstreut. Die Seele erbebte unter dem bedauenden Nasseln endlos rollender Güterzüge.

Zwischen umläufigen Flammenkranzen den Horizont.

Dann wieder eintönige nachtschwarze Finsternis, in die der dumpfe Räumte nie endender Geräusche wie ein ätzendes, heiseres Stöhnen hereinlängt, das sich löst und droht in die sinttende Nacht und wieder in den grauen Tag.

Ein feuchtkalter Wind legte über den zugigen Perron des Lenner Bahnhofs, als Lotte in der dichten Morgenstunde in ihrem Bestimmungsorte eintraf.

Sie war vor Jahren, als der Vater die Fabrik angenommen hatte, auf dem Heimwege von Schwerin einmal ein paar lädtige Stunden in Lenne gewesen und glaubte sich inselsoffen auf ihr ausgezeichnetes Ortsgedächtnis verlassen zu können.

Als sie aber jetzt auf dem holprigen Vorplatz des Bahnhofes stand, hatte sie den Eindruck, plötzlich in eine völlig fremde Welt versetzt zu sein.

Wohin sie blickte, ragten die Fabrikhochsteine bis fern zum Horizont, daneben erhoben sich unabsehbare Reihen von Schuppen und Schebbauten, Berge von Schutt und Scherben dicht aneinandergelegt, dann wieder durch ländliche Terrainschlüche und summierliche Wälderstücke getrennt.

Zwischen den einsilbigen, schmugeligen Häusern der verregneten Straße trotzen lange Spalten von Bergarbeitern in ihren schweren Holzschuhen; deutsche und polnische Lautsprecher schwirrten durcheinander.

Das sable Gerüst einer Karrenbrücke zeichnete sich in schattumrissenen Linien in den dunklen Wolkenhimmel hinein, dahinter ein ewiges Öl und Öl von Tränen, ein sinnverwirrendes Auf und Nieder von arbeitenden Frauen und Transmisionen.

Und über dem Sonnen die trockne Melancholie des grämlichen Novembermorgens, die hundertfachen näben und fernern Rufen der Kampfes- und Warnungssignale, die ganze gewaltige Melodie der ewigen Arbeit des schwarzen Landes.